

9./X. 1917

## Die Lösung der polnischen Frage.

Die Beratungen, die jetzt in Berlin zwischen österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsmännern über die Lösung der polnischen Frage stattfinden, sind noch nicht abgeschlossen. Das kann auch gar nicht der Fall sein. Handelt es sich doch um eine ganze Reihe schwierigster Auseinandersetzungen, um die Wahrung verschiedenster einander vielfach widerstreitender Anliegen und um die Lösung jahrhundertelanger Verhältnisse, aus denen sich tief in das Volks- und in das Staatsleben eingewurzelte Verpflichtungen entwickelt haben. Aber die polnische Frage geht der Lösung entgegen. Damit, daß man den russischen Teil des ehemaligen Königreiches Polen allein, von Rußland losgelöst, als Königreich erklärte oder ihm sonst irgendeine Selbständigkeit als Staatswesen gab, war die Sache nicht erledigt. Jetzt werden Mitteilungen gemacht, daß ein großes polnisches Königreich errichtet werden soll, dem nicht bloß alle bisher Rußland zugehörigen, zumeist von Polen bewohnten Gebiete angehören sollen, dem man auch Galizien angliedern will.

Diese Form der Lösung der polnischen Frage berührt tief unsere inneren politischen Verhältnisse. Wird diese Lösung gefunden, dann geht in der entscheidenden Form ein alter Forderungssatz der Deutschnationalen Oesterreichs in Erfüllung. Vor dem Kriege verlangten wir die Sonderstellung Galiziens, der Plan der Lösung der polnischen Frage bringt uns die Ausschcheidung. Durch die Schaffung der Personalunion käme dann Galizien als Teil, lediglich als Verwaltungsgebiet des neuen polnischen Königreiches, wiederum in engerer Beziehungen zu Oesterreich und zu Ungarn. Rückhaltlos müssen wir als Deutschnationale diese Lösung der Frage begrüßen. Sie ist zugleich geeignet, freien Weg zu einer Ordnung der Dinge in Oesterreich überhaupt zu schaffen. Aus dem Spiele mit den Kräften, das übel beratere oder übelwollende Regierungen in Oesterreich gern als Gipfel besonderer Staatskunst hinstellen wollten, scheidet ein mächtiger Faktor aus, der nur allzu gern bereit war, sich bald auf die eine, bald auf die andere Wagohale legen zu lassen, aber immer als Gewicht, nie als Ware. Das Ausschneiden Galiziens aus dem engsten Zusammenhang mit der Monarchie verändert den politischen Plan im Innern grundlegend. Hier wird deutsche Politik bei uns einzusehen haben, um die neugeschaffene Lage zu nützen, und der Staat selbst wird, das wurde insbesondere in den dreieinhalb Kriegsjahren vollständig klar, größten Vorteil daraus ziehen.

Die ganze Frage ist rein rechnungsmäßig zu behandeln, bei ihr dürfen irgendwelche Sentimentalitäten nicht mitspielen. Es zeugt wohl von recht geringem politischen Verständnis, wenn heute ein sogenanntes führendes Blatt Tränen weinen möchte, weil wir Galizien angeblich „verlieren sollen“, das durch hundertjährige Geschichte an uns hängt. Nur durch einen Doktrinarismus, der in solcher Vollendung lediglich bei der Sozialdemokratie zu finden ist, kann es andererseits erklärt werden, wenn das Blatt der deutschsprechenden Sozialdemokraten Oesterreichs auf die Nachricht von der bevorstehenden Lösung der polnischen Frage nichts anderes zu erwidern hat, als daß es nicht angeht, so schwerwiegende Beschlüsse zu fassen, ohne daß die Parlamente gefragt worden wären. Die von der „Arbeiterzeitung“ können beruhigt sein. Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten in Oesterreich werden Gelegenheit finden, sich genügend darüber „zu äußern“. Es ist gewiß kein Zeugnis besonderer politischer Schulung, wenn man sich darüber aufregt, daß eine so große Frage, wie es die polnische ist, nicht den Parlamenten allein überlassen wird, wenn sich vielmehr die leitenden Staatsmänner der beteiligten Reiche zunächst zusammensehen, um darüber zu beraten, was sie den Abgeordneten in Oesterreich und im Deutschen Reich mitsamt ihren Genossen haben und drüben zur Lösung der polnischen Frage vorschlagen sollen. Sätte man vielleicht in Wien und in

Berlin durch die Präsidenten weiße Blätter verteilen lassen sollen, auf welche jeder einzelne Abgeordnete seine Meinung schreiben sollte, wie er sich die Lösung der polnischen Frage vorstellt, um so zu einem Ende zu kommen? Der eingebildetste Abgeordnete und der verbohrteste Verteidiger parlamentarischer Rechte wird wohl nicht behaupten wollen, daß das der richtige Weg gewesen wäre. So mußten denn doch schon die Regierungen, von denen ja gerade unsere „Arbeiterzeitung“ am öftesten und lautesten verlangt, daß sie die Führung in die Hand nehmen, sich um die Sache vorher etwas bekümmere. Die Sorge der „Arbeiterzeitung“, daß gleichsam über die Köpfe der Polen hinweg entschieden werden soll, wird wohl am besten durch die bisher vorliegenden polnischen Äußerungen widerlegt. Wenn Herr Daszynski mit der vorzuschlagenden Lösung einverstanden ist, dann kann es wohl auch die „Arbeiterzeitung“ sein. Die große in der sozialdemokratischen Presse zur Schau getragene Aufregung ist keineswegs eine Förderung polnischer Selbstständigkeitsbestrebungen. Die Sozialdemokratie entlarvt sich dadurch nur wieder selbst. Sie zeigt, daß ihr russisch-französisch-englische Einspindlungen näher liegen, als die Befreiung der Polen.

Wir Deutschnationalen sehen der weiteren Entwicklung der Frage mit Gelassenheit entgegen, hoffend, daß die bisher bekanntgegebenen Richtlinien nicht verlassen werden und daß mit der Lösung der polnischen Frage auch die Lösung unserer ganzen inneren politischen Fragen erfolgen wird.